

## Die Revolution der Manager in Sowjetrußland

### *Die inneren Emigranten treten vor die Öffentlichkeit*

Nur ein äußerst kleiner Prozentsatz der unzufriedenen Angehörigen der sowjetischen Bourgeoisie machte den Sprung vom Lande der absoluten Unfreiheit in die Staaten der relativen Freiheit. Die große Masse der Sowjetmanager bleibt aus den verschiedensten Gründen im Lande und nährt sich dort mehr oder weniger redlich in der Hoffnung, daß sich diese Nahrung und der gesamte Lebensstandard verbessern werden.

Nach Stalins Tod sahen diese inneren Emigranten ihre Zeit für gekommen, ihre Ansprüche deutlicher und energischer als bisher zum Ausdruck zu bringen. Man geht sicherlich in der Annahme nicht fehl, daß der **Tod Stalins** und die Verhaftung des allmächtigen *Berias*, dessen Geheimpolizei mit den ihr unterstellten Arbeitslagern, mit den alle Waffengattungen umfassenden NKWD-Einheiten und dem riesigen Geheimapparat innerhalb und außerhalb des Landes sowohl in wirtschaftlicher, militärischer und politischer Hinsicht einen Staat im Staate bildeten, für das Sowjetsystem eine ernsthafte Erschütterung bedeuteten. Diese Erschütterung wirkte sich nicht in Streiks und bewaffneten Aufständen aus, sondern fand vielmehr in der angekündigten verstärkten Kühlschranks- und Staubsaugerproduktion ihren Ausdruck. Diese Feststellung mag im ersten Augenblick grotesk klingen, doch bringen es die Verhältnisse einer Diktatur — deren Hauptwaffen Terror und Korruption sind — mit sich, daß die offensichtliche und bewußte Opposition gegen das System aus den Reihen der sich im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte entwickelnden neuen Bourgeoisie kommt. Es ist dies eine neue privilegierte Klasse, deren Hauptanliegen es ist, den eigenen Lebensstandard noch weiter zu verbessern.

Bisher waren es die höchsten Spitzen der Armee, der Partei und der Staatsbürokratie, zu denen sich ein kleiner Kreis von Künstlern gesellte, die sich infolge ihres Einkommens jeden Luxus leisten konnten. Während z. B. ein Hilfsarbeiter in Sowjetrußland höchstens 600 Rubel im Monat verdient, erhält eine Primaballerina der Moskauer Staatsoper jährlich 40 000 Rubel. Wenn man nun des weiteren in Betracht zieht, daß der an Günstlinge des Systems verliehene Stalinpreis 100 000 Rubel beträgt, so bedeutet dies praktisch, daß ein russischer Hilfsarbeiter einhundertsechzig Monate arbeiten muß, um jene Summe zu verdienen, die etwa *Ilja Ehrenburg* anlässlich einer solchen Preisverteilung erhielt.

Bis zu Stalins Tod war die Schicht, die sich „monopolkapitalistische“ Errungenschaften, wie Staubsauger, Fernsehapparate, Kühlschränke usw., leisten konnte, äußerst gering. Nun wünschen an Stelle der wenigen Zehntausende, Hunderttausende in den Vorteil dieser Genüsse zu kommen. Neben dem roten Direktor will auch der Abteilungsleiter, neben dem kommunistischen Landessekretär will auch der Stadtsekretär, neben den Spitzen der Armee wollen auch die höheren Armeeoffiziere an dem Luxus, den das Sowjetsystem auf Kosten der breiten Masse einer kleinen Clique bietet, teilhaben.

### *Die Opposition „kämpft“ für Staubsauger*

Dieses offensichtliche Verlangen des mittleren Apparates nach besseren Lebensbedingungen ist damit zu erklären, daß die Geheimpolizei zumindest bei den gehobenen Schichten der Bevölkerung durch den Sturz *Berias*, der schon so viele Säuberungen überlebt hatte, stark an Prestige verloren hat. Sie, die Manager, die Beherrscher des mittleren Apparates, wollen sich nicht mehr damit begnügen, um vieles besser zu leben als die große Masse des russischen Volkes, sondern sie wünschen ihren Lebensstandard nach der obersten Aristokratie zu orientieren, denn mehr Reichtum und Luxus bedeutet

im „Lande des sozialistischen Aufbaus“ auch mehr Macht und damit eine relative Existenzsicherheit — soweit dies in einem diktatorischen Staat überhaupt möglich ist.

Nur so ist es zu erklären, daß, während sich Rußland in einer durchaus ernst zu nehmenden Agrarkrise befand, der Außenhandelskommissar *Mikojan* verkündete, daß die Ausdehnung der Produktion von Konsumgütern auch auf Luxusgüter weiter gefördert werden soll. Während im Jahre 1953 rund 60 000 Kühlschränke, 100 000 Staubsauger und ebenso viele Fernsehapparate produziert wurden, soll die Erzeugung dieser Gegenstände bis 1955 auf 330 000 Kühlschränke, 500 000 Staubsauger und 1 000 000 Fernsehapparate erhöht werden. In einer Zeit, in der nach den Plänen der Sowjetregierung die unzulängliche Fleischproduktion auf das Zwei- bis Dreifache gesteigert werden soll, wird also die Wachstumsrate für Kühlschränke und Staubsauger auf das Fünffache, für die Fernsehapparate sogar auf das Zehnfache gesteigert. Mit wirtschaftlichen Gründen ist diese neue ökonomische Luxuspolitik nicht zu rechtfertigen, denn diese Maßnahmen stehen im Widerspruch zu der Notwendigkeit einer Sanierungsaktion für die Landwirtschaft. Es muß doch in Betracht gezogen werden, daß die Arbeitskräfte und der Stahl, die man zur Produktion der Kühlschränke und Staubsauger verwendet, der Herstellung von Traktoren und Mähreschern entzogen werden. Wenn sich auch unbestreitbar im Laufe des letzten Jahres der Lebensstandard der Masse des russischen Volkes gebessert hat, so lassen die Zahlen, die *Chruschtschew* in einer Rede anführte, erkennen, daß der Verbrauch an Fleisch, Milch und Milchprodukten nur ein Drittel des in Europa üblichen Ausmaßes erreicht. Derselbe russische Arbeiter und Bauer, der sich nach offizieller sowjetischer Statistik kaum das Nötigste leisten kann, sollte imstande sein, sich einen Staubsauger oder einen Kühlschrank anzuschaffen? Dagegen sprechen im übrigen auch schon die geplanten Produktionszahlen, denn bei einer Bevölkerung von 200 Millionen Menschen ist z. B. eine Jahresproduktion von 500 000 Staubsaugern äußerst gering.

Wenn diese angeführten Zahlen eine Bedeutung haben, so besteht diese darin, daß man sie nicht zur Gesamtbevölkerung, sondern zu den Angehörigen der sowjetischen Bürokratie in Beziehung bringt. Es sind dies jene Angehörigen der neuen Klasse, die ihre Zeit nach Stalins Tod für gekommen sahen, um ihre wirtschaftlichen Ansprüche durchzusetzen.

Welche Bedeutung der Bürokratie in Sowjetrußland zukommt, ist allein schon aus deren Wachstum zu ersehen. In der Zeit von 1930 bis 1933 stieg die Zahl der Arbeiter in der Sowjetunion von 9,5 auf 13,8 Millionen und die Zahl der Beamten in der gleichen Zeit von 5 auf 8 Millionen. Dieses ungeheure Mißverhältnis ist tatsächlich symptomatisch für die Bürokratisierung des ganzen bolschewistischen Lebens. In der Zeit von 1933 bis 1941 ist die Zahl der sowjetischen Beamten abermals auf 11 Millionen gestiegen und wird gegenwärtig auf über 13 Millionen geschätzt. Zu diesen Regierungsbeamten gesellen sich noch die Parteibürokratie — die in den meisten Fällen mit der Vorstellung der alten bolschewistischen Partei nur sehr wenig gemein hat —, Künstler und Schriftsteller, die Offiziere der Armee und die künstlich gezüchtete Arbeiteraristokratie (Stachanowleute). Diese Gruppe bildet im wesentlichen die herrschende Sowjetbürokratie. Wie herrschend sie ist, findet auch in der Zusammensetzung des Obersten Sowjets seinen Ausdruck. Nach den offiziellen Angaben sind im Unionsrat des Obersten Sowjets 69 (10 vH) Arbeiter, 70 (10 vH) Bauern und 539 (80 vH) Beamte. Vergleicht man diese Zahl mit dem englischen Unterhaus, so ergibt sich, daß die Anzahl der manuellen Arbeiter dort 14 vH beträgt, also größer ist als in Rußland, obgleich in England fast die Hälfte der Abgeordneten bürgerlichen Parteien angehören.

Auffallend gering ist auch die Anzahl derjenigen Abgeordneten des Obersten Sowjets, die Funktionäre der Gewerkschaften sind. Nur 13 Deputierte der beiden Sowjetkammern, also 0,9 vH von 1311 Abgeordneten, sind Vertrauensleute der russischen Gewerk-

schaften. Sie repräsentieren offiziell die 28,5 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in der Sowjetunion. Diese sogenannten Arbeiterabgeordneten sind ausschließlich Stachanowisten, die hohe Löhne erhalten und deren Lebensstandard weit über dem der großen Masse steht. In den Betrieben haben sie praktisch Beamtenstellen inne und gelten als Techniker oder Werkmeister.

Vergleicht man die heutigen Zahlen mit den Revolutionsjahren 1917 bis 1920, dann ist der Rückgang ganz gewaltig. Damals machten die Arbeiter und Bauern gegen 90 vH der Deputierten des Allrussischen Rätekongresses aus. Heute bilden die wirklichen Arbeiter und Bauern höchstens 20 vH der Abgeordneten des Obersten Sowjets. An ihre Stelle sind die Sowjetbeamten getreten. Rechnet man zu den Beamten auch die ehemaligen Arbeiter und Bauern, die bereits vor vielen Jahren Sowjetbeamte geworden sind, dann bildet die neue Sowjetbürokratie über 80 vH der Abgeordneten des Obersten Sowjets. Sie sind heute die wirklichen Herrscher in Sowjetrußland, obwohl sie kaum 20 vH der Gesamtbevölkerung ausmachen.

#### *Die siegreiche Armee pocht an die Tore des Kremls*

Ein zwangsläufig zeitlich befristeter Verbündeter der unzufriedenen Bürokratie mit der Kommunistischen Partei, repräsentiert durch Stalin und seine Mitarbeiter, ist das Offizierskorps der Armee. Ihre Opposition war im allgemeinen sehr politischer Natur, denn sie gipfelte nach 1945 in einem verstärkten Machtanspruch. Dieser sehr harte Kampf zwischen Armee und Partei fand zeitweilig in einerseits ablehnenden und andererseits taktisch entgegenkommenden Maßnahmen Stalins gegenüber der Armee seinen Ausdruck. Es sei hier z. B. nur daran erinnert, daß der innerhalb der Armee und innerhalb des russischen Volkes sehr populäre Heerführer *Shukow* im Jahre 1946 aus Europa und dem europäischen Rußland für längere Zeit verschwand. Ein Jahr später, als Stalin im Jahre 1947 das Amt des Kriegsministers niederlegte, berief er Marschall *Bulgarin*, Mitglied des Politbüros, auf diesen Posten. 1949 wurde *Bulganin*, ein Mann der Partei, durch Marschall *Wassilewski*, einen Mann der Armee, ersetzt. Dieser war seit Jahren Generalstabschef der Roten Armee und gehört jener Gruppe zaristischer Offiziere an, die sich 1917 der russischen Revolution zur Verfügung stellten.

Da aus ähnlichen Gründen wie die Angehörigen der Bürokratie sich auch viele Offiziere der Armee nach dem Westen absetzten, sah sich das sowjetrussische Justizministerium im Jahre 1948 gezwungen, in dem damals verkündeten Strafgesetzbuch im Artikel 58 den folgenden Absatz über „Gegenrevolutionäre Verbrechen“ aufzunehmen:

„Ergreift ein Angehöriger der bewaffneten Streitkräfte auf dem Land- oder Luftwege die Flucht, so werden die erwachsenen Mitglieder seiner Familie, wenn sie ihm bei der Vorbereitung oder Ausführung dieser hochverräterischen Handlung irgendwie geholfen haben oder auch nur davon Kenntnis hatten, ohne es der Obrigkeit zu melden, mit Freiheitsentzug von fünf bis zehn Jahren und Beschlagnahme ihres gesamten Vermögens bestraft. Die übrigen erwachsenen Familienmitglieder (also diejenigen, die von der Fahnenflucht nichts wußten und zu ihr auch keine Beihilfe leisteten) sowie die Personen, die im Augenblick der Desertion mit dem Fahnenflüchtigen zusammenlebten, können der bürgerlichen Rechte für verlustig erklärt und bis zu fünf Jahren nach Sibirien verbannt werden.“

Man geht sicherlich nicht fehl, in dem großen Offizierssterben nach 1945 sehr politische Ursachen zu suchen. Nach einer Aufstellung des französischen Blattes „*Le Figaro*“ (21. Juli 1953) sind in den Jahren 1946 bis 1953 gegen 200 Marschälle, Generäle, Generalmajore, Vize- und Konteradmirale, Kapitäne und Generalleutnants „gestorben“. Daß es sich hier teilweise um politische Todesursachen gehandelt hat, ist aus dem Durchschnittsalter der Verstorbenen zu erkennen. Sie befanden sich im besten Mannesalter von 54 Jahren.

Es wäre leichtfertig, die Bedeutung dieser Säuberung in dem Maße überschätzen zu wollen, daß man in ihr etwa ein Symptom für den Zusammenbruch des bolschewistischen Systems sähe. Es handelt sich bei diesen Säuberungsaktionen vielmehr um einen Kampf der Parteibürokratie gegen die Offizierskaste, deren Popularität, Ansehen und innenpolitische Machtansprüche nach der siegreichen Beendigung des zweiten Weltkrieges mehr gestiegen ist, als dem Politbüro bequem war.

Politisch ebenso wichtig zu werten wie die Säuberung selbst ist die Tatsache, daß an Stelle der üblichen Schauprozesse Staatsbegräbnisse getreten sind. Dies ist darauf zurückzuführen, daß durch die siegreiche Beendigung des zweiten Weltkrieges das geistige Getto der Sowjetunion an so vielen Stellen durchbrochen wurde, daß Stalin es nicht für zweckmäßig hielt, sich auf die bewährten Regisseure der Schauprozesse zu verlassen, sondern die Anwendung von Liquidierungsmethoden vorzog.

Wenn wir nun die Ereignisse seit Stalins Tod etwas schematisch zu analysieren versuchen, gelangen wir zu dem Resultat, daß sich die Partei- und Wirtschaftsbürokratie — deren Grenzen oft ineinander verlaufen — gemeinsam mit der Armee gegen die Geheimpolizei und Beria verbunden haben. Es ist sicherlich kein Zufall, daß Beria anlässlich eines Empfanges in der polnischen Botschaft von fünf sowjetrussischen Marschällen verhaftet und von einem Armeegericht, bei dem Marschall *Konjew* den Vorsitz führte, verurteilt wurde. Es ist des weiteren von weittragender politischer Bedeutung, daß der Nachfolger Berias, Generaloberst *Kruglow*, nicht mehr Mitglied des Präsidiums des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und auch nicht Vize-ministerpräsident des Ministerrates ist, wie dies Beria war.

*Innenpolitische Lockerung ist noch keine Demokratisierung*

Es ist zu erwarten, daß die gegenwärtige Zwangsgemeinschaft zwischen Armee und Bürokratie in die Brüche gehen wird. Auf Grund des unerhörten Einflusses und der unerhörten Machtstellung der Sowjetbürokratie wird bei dieser sich durch Monate und Jahre hinziehenden Auseinandersetzung die Sowjetbürokratie als Sieger hervorgehen. Doch wäre es verfehlt, die Ansätze der innenpolitischen Lockerung mit einer ernsthaften Demokratisierung zu verwechseln. Die Manager im Sowjetrußland kämpfen keineswegs für eine Demokratisierung im europäischen Sinne, sondern ihre Ziele sind es, ebenfalls in den Genuß der Früchte des militärischen Sieges zu kommen. Früchte, die vor allem in einem höheren Lebensstandard und einem ruhigeren Leben ihren Ausdruck finden. Die Bürokraten wollen sicher sein, daß nur die Milchfrau vor der Tür steht, wenn es morgens läutet.

Sie akzeptieren die Geheimpolizei als das ihnen notwendig erscheinende Instrument der Diktatur, aber sie wollen nicht, daß sie ein Staat im Staate ist, und daß sie persönlich von ihren Organen bedroht werden. In diesem Ziel waren sie sich auch mit der Armee einig.

Außenpolitisch sind diese revolutionierenden Manager an einem Krieg, der ihre eben erst erkämpfte Ruhe neuerdings gefährden würde, nicht interessiert. Was sie wünschen — und dies war teilweise auch die Politik Stalins seit 1945 —, sind Erfolge auf dem Weg des kalten Krieges. In diesen Bestrebungen tragen sie bewußt oder unbewußt der Kriegsmüdigkeit des russischen Volkes Rechnung. Aktive kriegerische Handlungen von der herrschenden Schicht der Sowjetunion sind nur dann zu erwarten, wenn sie im Lande oder innerhalb der Satellitenstaaten ihr neu erkämpftes Prestige gefährdet sehen.